

Nationaler Aktionsplan für Integration

Im Bundesministerium für Inneres wurde ein Einführungspapier zur Erstellung des „Nationalen Aktionsplans für Integration“ entwickelt. Es formuliert Problemfelder, Grundsätze und Maßnahmen in verschiedenen Bereichen.

Das Einführungspapier gründet auf den im Rahmen der Integrationsplattform gewonnenen Erkenntnissen. Auch die Daten des „Statistischen Jahrbuchs für Migration und Integration“ sowie das Konsenspapier zu Integrationsmaßnahmen der Institutionen Arbeiterkammer, Caritas, Diakonie, Gewerkschaftsbund, Hilfswerk, Industriellenvereinigung, Landwirtschaftskammer Österreich, Rotes Kreuz, Wirtschaftskammer und Volkshilfe sind im Einführungspapier berücksichtigt.

Das Einführungspapier formuliert Problemfelder, Grundsätze und Maßnahmen in den Handlungsfeldern Sprache und Bildung, Arbeit und Beruf, Rechtsstaat und Werte, Gesundheit und Soziales, interkultureller Dialog, Sport und Freizeit. Auch Evaluierung und Qualitätssicherung sind Themen.

Die wesentlichen Punkte des Einführungspapiers:

Integrationsverständnis: Eigenverantwortung gefordert. Erfolgreiche In-



Wenn Integration gelingen soll, müssen beide Seiten aufeinander zugehen – sonst entstehen Parallelgesellschaften.

tegration erfordert die Kenntnis der deutschen Sprache sowie die Akzeptanz der österreichischen Rechtsordnung und der dahinter stehenden Normen und Werte.

Integration erfordert von Migranten das Wahrnehmen von Eigenverantwortung und das Erbringen von Eigenleistung für den von ihnen gezielt anzustrebenden Integrationserfolg. Integration wird als individueller und gesellschaftlicher Prozess gesehen, der durch staatliche Rahmenbedingungen und

Zielvorgaben zu fordern und zu fördern ist.

Integrationspolitische Grundsätze: Integration hat Vorrang vor Neuzuzug. Als Grundsätze für die Entwicklung und Umsetzung von integrationspolitischen Maßnahmen und Instrumenten betont das Einführungspapier, dass Integration eine der bedeutendsten Zukunftsherausforderungen für den sozialen Frieden in Österreich ist und daher zu forcieren ist. Zudem wird betont, dass die Bewältigung integra-

tionspolitischer Herausforderungen Vorrang vor dem Neuzuzug von Migranten hat. Zuwanderung habe sich an den Interessen Österreichs zu orientieren und sei daher entsprechend zu steuern.

Handlungsfeld Sprache und Bildung: Früher und besser Deutsch lernen. Das Grundsatzpapier hält fest, dass mangelnde soziale Mobilität von Migranten Ergebnis einer nur langsamen Höherqualifizierung ist. So verfügen nur wenige Migranten aus der Türkei und aus

NATIONALER AKTIONSPLAN FÜR INTEGRATION

Die Arbeitsschritte

Der „Nationale Aktionsplan für Integration“ wird unter Mitwirkung aller Partner – Bundesministerien, Länder, Städte, Gemeinden und Sozialpartner – und unter Einbindung von Einrichtungen der Zivilgesellschaft entwickelt und umgesetzt.

Die einzelnen Arbeitsschritte:

- Mit dem am 25. März 2009 vorgestellten Einführungspapier wurde eine fundierte Grundlage für den Aktionsplan zur Verfügung gestellt.
- Die Koordination der Arbeiten für

den Aktionsplan erfolgt durch eine gemeinsame Steuerungsgruppe von Bundesministerien, Ländern, Städten, Gemeinden und Sozialpartnern. Die Steuerungsgruppe tagt monatlich bis Juli und bündelt Themen und Maßnahmenvorschläge.

- Parallel zur Arbeit der Steuerungsgruppe finden im April und Mai 2009 Expertengespräche über die zentralen, im Einführungspapier festgehaltenen integrationspolitischen Handlungsfelder statt (Sprache und Bildung, Arbeit und Beruf, Rechtsstaat und Werte, Evaluierung und Qualitätssicherung, Gesundheit und Soziales, Interkultu-

reller Dialog, Sport und Freizeit). Die Ergebnisse der Expertengespräche fließen in die Arbeit der Steuerungsgruppe ein.

- Zivilgesellschaftliche Organisationen sind eingeladen, ihre integrationspolitischen Maßnahmenvorschläge für den Aktionsplan zu liefern.
- Alle Beiträge werden über den Sommer in Maßnahmenpaketen gebündelt. Der Aktionsplan wird im Herbst dem Ministerrat vorgestellt und soll dort beschlossen werden. Damit verfügt Österreich über ein strategisch fundiertes Maßnahmenprogramm für erfolgreiche Integration.



„Nationaler Aktionsplan für Integration“: Erstes Treffen der Steuerungsgruppe im Innenministerium.

dem ehemaligen Jugoslawien (ohne Slowenien) über eine höhere Ausbildung. Der Anteil der Schüler, die Deutsch nicht als Muttersprache haben, ist in Österreich gestiegen. Notwendig sind daher der Ausbau und die Weiterentwicklung der sprachlichen Frühförderung, Sprachkurse für Frauen und die gezielte Sprachförderung bei Neuzuwanderung (z. B. Ausweitung der Integrationsvereinbarung, Sprachkenntnisse vor der Einreise).

Handlungsfeld Arbeit und Beruf:

Bessere Qualifikation für Selbsterhalt. Zuwanderer aus traditionellen Herkunftsländern weisen ein vergleichsweise niedriges Bildungsniveau auf. Die Arbeitslosigkeit unter Ausländern ist gestiegen. Zur Stärkung der Selbsterhaltungsfähigkeit als wesentlicher Solidarbeitrag sollen daher Migranten verstärkt in Qualifizierungsmaßnahmen für Mangelberufe einbezogen werden.

Handlungsfeld Rechtsstaat und Werte: Klare Werte, harte Sanktionen. Unter Bezugnahme auf kulturell geprägte

Einstellungen kommt es im Migrationsbereich oftmals zu schwerwiegenden Übergriffen gegen Grundwerte und insbesondere gegen die Würde des Menschen. Das Grundsatzpapier hält dazu fest: Erscheinungen wie Zwangsverheiratung oder Hasspredigten sind mit den Mitteln des Rechtsstaats und auf Basis spezifischer gesetzlicher Bestimmungen zu verfolgen.

Handlungsfeld Gesundheit und Soziales:

Prävention fördern. Die Gesundheitssituation von Zuwanderern ist vielfach Resultat körperlich anstrengender Arbeiten. Chronische Krankheiten treten bei Migranten häufiger auf als bei Inländern. Der aufgrund der demografischen Entwicklung generell wachsende Begleitungs-, Betreuungs- und/oder Pflegebedarf älterer Menschen wird auch im Migrationsbereich in den nächsten Jahren deutlich zunehmen.

Daher sind Maßnahmen zur Gesundheitsprävention für Migranten zu entwickeln und die interkulturelle Kompetenz in Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen zu fördern (z .B. durch

Aus- und Weiterbildung in kultursensibler Pflege und Altenhilfe).

Handlungsfeld Interkultureller Dialog:

Offene Diskussion fördern. In Österreich fehlt ein breiter, medial unterstützter gesellschaftlicher Verständigungsprozess über gemeinsame Werte und Ziele, der auch die Grenzen kultureller Entfaltung zum Gegenstand hat. Ein solcher Dialog würde gemäßigte Gruppen und damit die gesellschaftliche Mitte fördern, stellt das Einführungspapier fest. Für Zuwanderer soll es möglichst rasch Orientierung über Kultur, Regeln und Perspektiven in Österreich geben.

Handlungsfeld Sport und Freizeit:

Integrationspotenziale nützen. Spitzensportler mit Migrationshintergrund repräsentieren gelungene Integration und fungieren als Vorbilder. Auch der Breitensport soll für integrationspolitische Anliegen genützt werden.

Notwendig ist daher unter anderem, dass sich Vereine dem Thema der Einbindung von Zugewanderten gezielt stellen.



Innenministerin Maria Fekter, Zuwanderer in Österreich: „Erfolgreiche Integration erfordert von Menschen mit Migrationshintergrund Eigenverantwortung und Eigenleistung.“

„Keine Parallelgesellschaft“

Mit dem „Nationalen Aktionsplan für Integration“ will die Bundesregierung unter Federführung des Bundesministeriums für Inneres Integrationsmaßnahmen bündeln und verstärken. Bundesministerin Dr. Maria Fekter über die Ziele des Aktionsplans und integrationspolitische Grundsätze.

Frau Bundesminister, der Startschuss für den „Nationalen Aktionsplan für Integration“ ist gefallen – welche Ziele verbinden Sie damit?

Fekter: Integration kann nicht einfach verordnet werden, sondern braucht gemeinsame Anstrengungen auf allen Ebenen und in allen Bereichen. Wir wollen mit dem Aktionsplan Kräfte strategisch bündeln, alle Partner einladen und einbeziehen, und damit bessere Integration erreichen. Die Herausforderungen im Integrationsbereich sind groß. Die Fakten zeigen klar auf, dass Verbesserungsbedarf besteht und dass wir enormes Verbesserungspotenzial haben. Mit wirksamen, zielgerichteten Maßnahmen müssen wir Integration ermöglichen und fordern.

Was ist aus Ihrer Sicht die größte Herausforderung?

Fekter: Die größte Herausforderung ist es, Parallelgesellschaften zu verhindern. In Parallelgesellschaften herrschen andere Regeln und Sitten. Wir können und dürfen es nicht zulassen, dass die österreichische Rechts- und Werteordnung in Teilen der Gesellschaft nicht gilt. Statt Parallelgesellschaften brauchen wir eine tatsächlich gelungene Integration von Menschen

mit Migrationshintergrund am politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben in Österreich.

Was sind die Voraussetzungen für eine gelungene Integration?

Fekter: Neben der klaren Akzeptanz unserer Rechtsordnung ist das natürlich das Beherrschen der deutschen Sprache. Wer zu uns kommen will, muss sie lernen. Wer bei uns ist, muss sie können. Wer sich nicht verständigen kann, ist auch nicht in der Lage, sich zu integrieren. Er kann sich in unserer Gesellschaft auch nicht entwickeln. So zweifelt niemand mehr daran, dass sich fehlende Deutschkenntnisse unmittelbar negativ auf Schulbesuch, Schulerfolg und später auf den beruflichen Erfolg auswirken. Das muss rasch und nachhaltig korrigiert werden, daran führt kein Weg vorbei.

In welchem Zusammenhang stehen die Beratungen der Integrationsplattform aus dem Vorjahr und der Aktionsplan?

Fekter: Die Ergebnisse der Integrationsplattform, die ja erstmals in Österreich eine breite Diskussion über Integrationsanforderungen gestartet hat, sind ein wichtiges Fundament der Arbeiten

für den Aktionsplan. Das Einführungspapier für den Aktionsplan basiert wesentlich auf den Erkenntnissen der Integrationsplattform. Gemeinsam mit neuesten Befunden und Expertisen arbeiten wir konkret an den Problemfeldern, Grundsätzen und Maßnahmen mit dem Nationalen Aktionsplan.

Wer ist an der Erstellung des Aktionsplans beteiligt?

Fekter: Mein Grundsatz dafür war und ist: Alle für Integration relevanten Partner sind eingeladen, sich hier einzubringen und aktiv mitzuarbeiten. Wir wollen die Probleme identifizieren und diese in enger Kooperation aller beheben. Ministerien, Sozialpartner, Länder, Gemeinden, Organisationen der Zivilgesellschaft und Experten sind daher in den Prozess eingebunden. Und zwar sowohl in den Plan, als auch in die Umsetzung. Wir wollen den Aktionsplan im Herbst in den Ministerrat einbringen. Bis dahin wird intensiv daran gearbeitet. Klar ist für mich aber auch: Erfolgreiche Integration erfordert von Menschen mit Migrationshintergrund Eigenverantwortung und Eigenleistung. Das werden wir ganz sicher stärker fördern, aber ganz sicher auch stärker fordern.